

# Südkorea: Konsolidierung der Macht

GEBHARD HIELSCHER ✓

Mit Hilfe einer umstrittenen Verfassungsänderung – gefolgt von einer einschneidenden Regierungsumbildung – hat Südkoreas Staatspräsident Park unlängst die Weichen für eine Fortsetzung seines nun schon acht Jahre währenden Regiments über die 31,5 Millionen Einwohner der „Republik Korea“ (ROK) gestellt.

Park, ein ehemaliger Generalmajor, der ursprünglich durch den Militärputsch vom 16. Mai 1961 an die Macht gekommen war, hatte seinem Land 1963 eine neue Verfassung verordnet, welche die Amtszeit des Staatspräsidenten auf zwei Wahlperioden begrenzte. Dadurch sollte eine Wiederholung der bitteren Erfahrungen unter Präsident Syngman Rhee ausgeschlossen werden, dessen autoritäres Regime erst nach zwölf Jahren durch die Studentenrevolution vom April 1960 zur Aufgabe gezwungen werden konnte.

Doch schon seit Beginn von Parks zweiter Amtsperiode als Wahlpräsident – bei den Wahlen vom Mai 1967 konnte er 51,4<sup>0</sup>% der Stimmen auf sich vereinigen, eine spürbare Verbesserung gegenüber dem knappen Sieg (46,4<sup>0</sup>%) von 1963, der den Übergang zu einer zivilen Regierungsform einleitete – waren Bestrebungen erkennbar, durch eine Änderung der Verfassung den Weg für eine dritte Präsidentschaft Parks freizumachen. Die südkoreanische Öffentlichkeit erfuhr davon zuerst im Mai 1968, als der seit 1963 amtierende Vorsitzende Kim Jong Pil von Parks eigener Regierungspartei DRP (Demokratisch-Republikanische Partei) völlig überraschend seinen Rücktritt von allen politischen Ämtern erklärte. Kim – ein früherer Oberst und Chef des südkoreanischen Geheimdienstes CIA, der zusammen mit Park den Militärputsch von 1961 inszeniert hatte – wollte sich beim nächsten Wahltermin im Jahre 1971 selber um das Amt des Staatspräsidenten bewerben und war daher Parks Bemühungen um eine Verfassungsänderung durch Aufbau einer innerparteilichen Opposition entgegengetreten. In dem anschließenden Machtkampf hatte Kim den kürzeren gezogen, und Park Chung Hee konnte seine Pläne weiterverfolgen.

Im Juli dieses Jahres erklärte der Präsident öffentlich, daß er für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stehe, sofern Südkoreas Bevölkerung dies verlange. Einen Monat später brachte dann seine DRP in der Nationalversammlung eine Vorlage zur Änderung der Verfassung ein, die am 14. September in einem Akt parlamentarischer Piraterie „ratifiziert“ wurde: Ohne die Abgeordneten der oppositionellen NDP (Neue Demokratische Partei) überhaupt zu informieren – deren Vertreter hatten sich in einer Art „sleep-in“ im Hauptsitzungssaal der Nationalversammlung verschanzt, um eine Abstimmung überhaupt zu verhindern – trommelte Parlamentspräsident Rhee (DRP) die Anhänger der Verfassungsänderung in den frühen Morgenstunden in einem Nebengebäude des Parlaments zusammen und ließ sie über die umstrittene

Vorlage „abstimmen“. Erwartungsgemäß wurde sie einstimmig angenommen, ebenso wie das Gesetz über die Durchführung einer Volksabstimmung, welche der Verfassungsänderung die erforderliche Rechtsverbindlichkeit geben sollte. Das Durchführungsgesetz gestattete zwar den Regierungsbeamten, in der anschließenden Kampagne die Erfolge der Regierungsarbeit darzulegen, schränkte jedoch die Propagandatätigkeit der Parteien beträchtlich ein, was in erster Linie die Opposition traf, die sich nicht auf den Staatsapparat stützen konnte.

Doch hatte die NDP trotz ihrer öffentlich bekundeten Siegeszuversicht von vornherein keine Aussicht, sich mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Verfassungsänderung — die Neuen Demokraten sahen in dieser Maßnahme eine Rückkehr zur Diktatur — bei der Bevölkerung durchzusetzen. Denn ihr Einfluß beschränkt sich auf die Angehörigen der gebildeten Mittelschichten in den größeren Städten Südkoreas. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebt jedoch auf dem flachen Lande. Noch immer sind die Südkoreaner vor allem ein Volk von Bauern. In den Dörfern und überschaubaren Kleinstädten aber ist die Regierung in voller Kontrolle.

Das Abstimmungsergebnis bestätigte diese auch bei früheren Wahlen schon zutage getretene Gewichtsverteilung: 7,5 Millionen oder 65,1% der 11,6 Millionen Wähler (die 77,1% der 15 Millionen Stimmberechtigten vertraten) sprachen sich für die Verfassungsänderung aus, während 3,6 Millionen oder 31,1% dagegen stimmten; fast eine halbe Million Stimmen (414 014 = 3,8%) wurde für ungültig erklärt. Andererseits versagte sich die Bevölkerung der Hauptstadt Söul (ihre rasant wachsende Einwohnerzahl von zur Zeit 4,8 Millionen macht diese Metropole zur zehntgrößten Stadt der Welt) ihrem Präsidenten und stimmte mit über 50% gegen eine Fortsetzung der Park-Herrschaft; übrigens bei einer Wahlbeteiligung von nur 60%, offenbar ein Ausdruck der geringen Hoffnung auf eine baldige Änderung der Verhältnisse.

Insgesamt gesehen aber konnte Präsident Park — der sein weiteres politisches Schicksal in gaullistischer Manier vom Ausgang des Referendums abhängig gemacht hatte — das Ergebnis der Volksabstimmung als einen persönlichen Erfolg verbuchen. Gestützt auf dieses neue Prestige, benutzte er daher den wenige Tage später erklärten Rücktritt des Kabinetts Chung Il Kwon zu einer einschneidenden Regierungsumbildung, die seine Position weiter festigen sollte. Zwar behielt er den Ministerpräsidenten wie auch die Mehrzahl seiner Kabinettskollegen bei, doch schickte er zwei Männer in die Wüste, deren Namen eng mit den Vorwürfen von Korruption und Machtmißbrauch in Südkorea verknüpft waren und die allmählich zu Rivalen des Präsidenten zu werden drohten: CIA-Direktor Kim Hyung Wook (der vermutlich eine Position im Präsidialamt, also unter unmittelbarer Kontrolle Parks, erhalten wird) und Lee Hu Rak, der bisherige Generalsekretär im „Blauen Haus“ von Söul, dem Amtssitz des Präsidenten (der mit einem Botschafterposten in Übersee abgefunden werden soll). Neuer Chef des Geheimdienstes wurde der erst Anfang September ausgeschiedene Generalstabschef der südkoreanischen Armee und Vier-Sterne-General Kim Ke Won, während der bisherige Handels- und Industrieminister Kim Chung Yum auf den einflußreichen Posten des Generalsekretärs im Präsidialamt nachrückte.

Der Sturz von Kim und Lee — die ihre Ämter seit 1963 innegehabt hatten und über kaum noch kontrollierbare Macht verfügten — signalisierte zugleich die allmähliche

Rückkehr des früheren DRP-Vorsitzenden Kim Jong Pil auf die politische Bühne Südkoreas. Denn es war Kim, der diesen Wechsel in der Regierungsspitze zu einer Bedingung für seine Unterstützung der Parkschen Pläne einer Verfassungsänderung gemacht hatte (eine Unterstützung, deren der Präsident vor allem im Parlament bedurfte, da sich ein Teil der DRP-Abgeordneten weiterhin zu ihrem ehemaligen Vorsitzenden bekennt). Die Regierungsumbildung von Ende Oktober bestätigt daher die schon seit langem kursierenden Gerüchte, daß sich Präsident Park mit seinem ehemaligen „Kronprinzen“ und späteren Rivalen arrangiert hat. Ob diese Verständigung allerdings so weit reicht, Kim wieder den Vorsitz der Regierungspartei übernehmen zu lassen, wird erst der für den kommenden März geplante DRP-Parteitag zeigen. Vorläufig hat Park — der auch Präsident der DRP über dem Vorsitzenden ist, dessen Rolle eher der eines Generalsekretärs entspricht — das Rücktrittsangebot des amtierenden Parteivorsitzenden und der übrigen Vorstandsmitglieder zunächst einmal zurückgewiesen.

Kommt es tatsächlich zu einer vollen Rehabilitierung von Kim Jong Pil, so würde sich für 1975 (dem nächsten Wahltermin nach einer allgemein erwarteten dritten Amtsperiode für Präsident Park ab 1971) die Möglichkeit einer reibungslosen Machtübergabe innerhalb der bestehenden Herrschaftsstruktur abzeichnen. Für die Opposition nicht gerade eine ermutigende Aussicht, aber vielleicht ein erster Schritt auf dem Wege zu einer wirklichen Demokratisierung Südkoreas.